

1

2

3

4

Parteiprogramm Junge Grüne 2. Teil

5

6

7

1 Umwelt

2 Klima

3 Die Klimakrise ist unbestritten eine der grössten Gefahren und Herausforderungen
4 unserer Zeit. So stieg die Temperatur in der Schweiz seit Messbeginn bereits um rund
5 1.8°C an und Starkniederschläge, Hitzesommer, schmelzende Gletscher, Murgänge,
6 Ernteauffälle und Waldbrände haben bereits signifikante Folgen. Die Auswirkungen
7 einer ungebremsten Klimakatastrophe wären für Mensch und Umwelt fatal. Deshalb
8 setzen sich die Jungen Grünen für griffige und sofortige Massnahmen ein, um die
9 Klimaerhitzung so tief wie möglich zu halten und Mensch und Umwelt vor den Folgen
10 der Klimakrise zu bewahren.

11 Die Jungen Grünen setzen sich für eine faktenbasierte Klimapolitik ein und bekennen
12 sich gemäss Pariser Klimaabkommen zu netto null Treibhausgasemissionen, um die
13 globale Erwärmung auf unter 1.5°C zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen,
14 fordern wir einen umfassenden und sozial ausgeglichenen Wandel in allen Bereichen,
15 insbesondere im Verkehr, Konsum und Ernährung.

16

17 Die Jungen Grünen fordern: (orientiert am [Massnahmenkatalog mit 22 Punkten](#))

- 18 ● Bis 2030 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Schweiz auf ein
19 Mass, welches durch natürliche Senken wieder aus der Atmosphäre entzogen
20 werden kann (Netto Null Treibhausgasemissionen)
- 21 ● Die Einführung einer umfassenden CO₂-Steuer in der Schweiz, welche der
22 Höhe der externen Kosten entspricht
- 23 ● Die Ersetzung der industriellen Massentierhaltung durch tierfreundliche und
24 ökologische Formen der Landwirtschaft
- 25 ● Ein Verbot von Investitionen in fossile Energieträger
- 26 ● Dass 100% des in der Schweiz produzierten und verbrauchten Strom bis 2030
27 aus erneuerbaren Quellen stammt
- 28 ● Autofreie Innenstädte in sämtlichen Schweizer Städten
- 29 ● Eine Raumplanungspolitik, die kurze Verkehrswege und nachhaltige
30 Siedlungen fördert

31

1 Energiepolitik

2 Die heutige Energieversorgung der Schweiz durch fossile Energien ist nicht nachhaltig
3 und führt zu massiven Schäden an Mensch und Umwelt. Die Energieversorgung muss
4 zu 100% aus erneuerbaren Energiequellen stammen und die Effizienz des
5 Stromverbrauchs muss verbessert werden. Gleichzeitig müssen Massnahmen für
6 mehr Suffizienz im Energieverbrauch getroffen werden. Eine dezentrale
7 Energieproduktion ist anzustreben. Zudem werden Transportverluste minimiert und
8 die Abhängigkeit von wenigen Grosskonzernen reduziert. Das Stromnetz stellt ein
9 natürliches Monopol dar. Deshalb muss es von einem öffentlich-rechtlichen
10 Unternehmen bereitgestellt werden. Dies verhindert überhöhte Preise und erlaubt der
11 Bevölkerung mitzubestimmen.

12

13 Die Jungen Grünen fordern:

- 14 ● Die Internalisierung aller Umweltschäden (etwa durch CO₂-Ausstoss) und eine
15 angemessene Versicherung der Umweltrisiken (etwa bei Kernkraftwerken)
16 durch die Betreiber*innen (Kostenwahrheit)
- 17 ● Die komplette Ersetzung der fossilen Brennstoffe und Kernkraftwerke mit
18 erneuerbaren Energien, wie zum Beispiel Wind- und Solarenergie. Der Ausbau
19 der nachhaltigen Energieproduktion muss bei gleichzeitiger Achtung des
20 Schutzes der Natur und der Biodiversität geschehen
- 21 ● Eine schrittweise Ersetzung aller technischen Geräte und Gebäude durch
22 Geräte und Gebäude mit höherer Effizienzklasse
- 23 ● Die Bereitstellung des Stromnetzes durch ein öffentlich-rechtliches
24 Unternehmen
- 25 ● Den Abbau der bürokratischen Hürden, wenn Anlagen zur Produktion von
26 erneuerbaren Energien errichtet werden, sofern diese nicht zulasten des
27 Naturschutzes gehen
- 28 ● Eine stärkere Einbindung vom Schweizer Stromnetz in das Europäische, um
29 Schwankungen in der Produktion auszugleichen
- 30 ● Bei der Energieproduktion einen Verzicht auf Ressourcen die zu einer
31 Abhängigkeit von undemokratischen Staaten führt
- 32 ● Dass Biogas nicht mit Ackerbauprodukten aus dem Ausland erzeugt werden
33 darf

1 Ernährung

2 Ernährung betrifft alle Menschen und sie hat enorme Auswirkungen auf die
3 Gesundheit, Umwelt und Lebewesen der Erde. Heute verursacht die
4 Nahrungsmittelproduktion einen Viertel der für den Klimawandel verantwortlichen
5 Treibhausgasemissionen. Der übermässige Konsum von tierischen Lebensmitteln ist
6 zum grössten Teil verantwortlich für die weltweite Abholzung der Regenwälder, die
7 treibende Kraft für die Ausbreitung toter Zonen in den Ozeanen und Hauptverursacher
8 des Biodiversitätsverlusts und des Artensterbens.

9 Der übermässige Konsum von tierischen Lebensmitteln oder Zucker sind die
10 Hauptursachen für zahlreiche der sogenannten Zivilisationskrankheiten, wie
11 Herzkreislauferkrankungen oder Diabetes Typ 2.

12 Der beste Weg, diese negativen Umwelteinflüsse zu reduzieren und die Gesundheit
13 und Lebensqualität der Menschen zu fördern, ist, hauptsächlich pflanzliche, sowie
14 regionale und saisonale Lebensmittel zu konsumieren. Ferner senkt eine Reduktion
15 von Foodwaste die Kosten von Lebensmitteln in der Schweiz erheblich.

16

17 Die Jungen Grünen fordern:

- 18 ● Eine Lenkungsabgabe auf tierische Lebensmittel
- 19 ● Die Anpassung der Ernährungsratschläge vom Bundesamt für Gesundheit an
20 der aktuellen Forschung, unabhängig von Lobbyinteressen
- 21 ● Einen nachhaltigen und auf den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen
22 basierenden Hauswirtschaftsunterricht
- 23 ● Ein Verbot von Werbung und Aktionen von Tierischen Lebensmitteln
- 24 ● Dass öffentliche Einrichtungen nur vegetarische und vegane Optionen
25 offerieren
- 26 ● Massnahmen vom Bund, um Foodwaste zu verringern, insbesondere durch die
27 Anpassung der Lebensmittelnormen und die Sensibilisierung. Dazu gehört zum
28 Beispiel die Schaffung von mehr Nähe zwischen Produzierenden und
29 Konsumierenden

1 **Landwirtschaft**

2 Die Landwirtschaft hat heutzutage einen negativen Einfluss auf unsere Umwelt - global
3 sowie in der Schweiz. Definierte Umweltziele für die Schweizer Landwirtschaft wurden
4 in den vergangenen Jahren nicht erreicht. Unsere Gewässer sind mit zu vielen
5 Pestiziden belastet und die meisten Böden auch durch die zu hohen Nutztierbestände
6 überdüngt. Dies wirkt sich negativ auf die Biodiversität aus und so gilt Nutztierhaltung
7 als die grösste Ursache des Artensterbens.

8 Anders als es die Werbung und die Agrarlobby bewerben, haben in der Schweiz leider
9 die meisten Nutztiere keinen regelmässigen Auslauf.

10 Eine nachhaltige, ökologische, faire und tiergerechte Landwirtschaft ist möglich und
11 dringend notwendig. Die Jungen Grünen fordern eine Landwirtschaft, die saubere
12 Gewässer, fruchtbare Böden, Biodiversität und mehr Raum für Natur ermöglicht, denn
13 dies sind die Grundlagen unseres Lebens.

14

15 Die Jungen Grünen fordern:

- 16 ● Die Reduzierung der Nutztierbestände auf ein nachhaltiges Mass
- 17 ● Dass alle Nutztiere artgerecht gezüchtet, gehalten und ernährt werden
- 18 ● Die Reduktion vom Futtergetreide, welches auf Ackerland produziert wurde und
19 ein Verbot von Futtermittel-Importen
- 20 ● Eine Landwirtschaft ohne Mineraldünger und mit möglichst geschlossenen
21 Nährstoffkreisläufen
- 22 ● Ein Verbot der synthetischen Pestizide
- 23 ● Die Förderung pflanzlicher, lokaler und saisonaler Nahrungsmittel, anstelle der
24 Förderung von tierischen Lebensmitteln
- 25 ● Eine standortgerechte, ökologische und gentech-freie Produktion von
26 vielfältigen und gesunden Nahrungsmitteln
- 27 ● Dass importierte Lebensmittel denselben Mindestanforderungen unterliegen
28 wie inländische Produkte
- 29 ● Den Schutz vom Kulturland

1 **Mobilität**

2 Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil unseres Alltags und muss darum für alle
3 Menschen, unabhängig vom Einkommen, zugänglich sein. In unserer Gesellschaft ist
4 Mobilität aber mit hohem CO₂-Ausstoss verbunden und dadurch eine der
5 Hauptursachen für die Klimakrise. Das müssen wir ändern, und den Verkehr in der
6 Schweiz so schnell wie möglich dekarbonisieren. Dafür brauchen wir eine Reihe von
7 Massnahmen, um die nachhaltige Mobilität zu fördern, auszubauen und für alle
8 zugänglich zu machen. Gleichzeitig müssen wir den umweltschädlichen Verkehr
9 einschränken. Die Bedingungen für den Velo- und Fussverkehr müssen verbessert
10 werden und Innenstädte müssen autofrei sein. Ausserhalb der Städte muss der
11 öffentliche Verkehr zum Hauptverkehrsmittel werden. Der Verkauf von Autos mit
12 Verbrennungsmotoren muss verboten werden, Carsharing-Modelle sollen gefördert
13 werden. Reisen mit dem grössten Umweltsünder unter den Verkehrsmitteln - dem
14 Flugzeug – ist viel zu günstig. Die Preise müssen so angepasst werden, dass
15 Zugreisen wieder günstiger als Flüge werden.

16

17 Die Jungen Grünen fordern:

- 18 ● Einkommensabhängige ÖV-Preise
- 19 ● Die Stärkung des öffentlichen Verkehrs
- 20 ● Verbesserte Infrastruktur und Bedingungen für den Langsamverkehr
- 21 ● Ein Verbot von Flügen innerhalb Europas mit paralleler Förderung des
22 internationalen Zug- und insbesondere des Nachtzugnetzes
- 23 ● Eine markante Erhöhung der Treibstoffsteuer
- 24 ● Eine hohe Flugticketabgabe
- 25 ● Dass die Schweiz sich international für die Einführung einer Kerosinsteuer
26 einsetzt
- 27 ● Ein Verbot des Verkaufs von Verbrennungsmotoren für den motorisierten
28 Individualverkehr
- 29 ● Autofreie Innenstädte in sämtlichen Schweizer Städten

1 Natur- und Tierschutz

2 Wir leben in einem hoch komplexen Ökosystem, in dem wir nur eine der Milliarden von
3 Lebensformen darstellen. Die Zerstörung des Ökosystems durch menschliche
4 Einflüsse bedroht unsere Lebensgrundlagen. Oft ist es profitabel, Schäden an der
5 Umwelt in Kauf zu nehmen. Deshalb muss der Staat die Flora und Fauna schützen
6 und erhalten. Dazu stellt er klare Anforderungen an Landwirtschaft, Baubranche und
7 Industrie, um Wälder, Seen und Berglandschaften zu schützen und ein intaktes
8 Ökosystem zu erhalten. Wildtiere, wie etwa Steinböcke, Wölfe oder Bären, müssen
9 geschützt und in der Schweiz wieder angesiedelt werden. Nutztiere müssen artgerecht
10 nach Bio Suisse Richtlinien gehalten werden.

11

12 Die Jungen Grünen fordern:

- 13 ● Den Schutz der Wildtiere in der ganzen Schweiz
- 14 ● Ein Abschussverbot von Grossraubtieren
- 15 ● Die artgerechte Haltung von Nutztieren
- 16 ● Kein Tierleid in der Unterhaltungsindustrie
- 17 ● Einen verstärkten Schutz bedrohter Arten, insbesondere Schlüsselarten in
18 wichtigen Ökosystemen
- 19 ● Die Wiederauswilderung von Arten, die in der Schweiz ausgestorben sind
- 20 ● Die verstärkte Bekämpfung von schädlichen, nicht heimischen Arten

1 Raumplanung

2 In der Schweiz werden täglich Grünflächen in der Grösse von acht Fussballfeldern
3 überbaut. Auch mit dem revidierten Raumplanungsgesetz von 2012, ist eine
4 Trendwende nicht in Sicht, denn grundlegende Anreize für den verschwenderischen
5 Umgang mit dem Boden bleiben weiterhin bestehen. Dies hat unzählige negative
6 Effekte auf die Verkehrsentwicklung, das Klima, die Landwirtschaft, die Biodiversität
7 und das gesellschaftliche Zusammenleben zur Folge. Die Jungen Grünen setzen sich
8 deshalb ein für eine klare Trennung von Bau- und Nichtbauland und eine
9 Beschränkung der Bauzonen auf ein vernünftiges Mass. Die künftige Entwicklung soll
10 ohne Netto-Einzonung neuer Bauzonen geschehen. Damit kann unbebauter Boden
11 auch für kommende Generationen erhalten bleiben und Natur und Landschaft
12 geschont werden. Neue Bauten, bzw. zusätzliche Wohn- und Arbeitsflächen, sollen
13 innerhalb der bestehenden Bauzonen entstehen. Das Zusammenleben in
14 nachhaltigen Quartieren soll gefördert werden.

15

16 Die Jungen Grünen fordern:

- 17 ● Die klare Trennung von Bau- und Nichtbauland
- 18 ● Qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen
- 19 ● Dass die Baufläche nicht weiter vergrössert wird und Neueinzonungen durch
20 Rückzonungen an einem anderen Ort kompensiert werden
- 21 ● Die strikte Begrenzung von Bauten ausserhalb der Bauzonen
- 22 ● Die Unterstützung nachhaltiger Quartiere mit hoher Lebensqualität
- 23 ● Die Unterstützung von neuen Formen des Zusammenlebens, wobei der
24 Gedanke des Teilens anstelle des Besitzens als Leitgedanke dient

1 **Wirtschaft**

2 **Arbeit**

3 Alle Arbeitnehmenden, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrem Lohn leben können.
4 Dies ist auch in der Schweiz nicht selbstverständlich. Viele Arbeitnehmende verdienen
5 nicht oder nur knapp genug, um ihr Leben zu finanzieren. Die Lohnschere zwischen
6 den Topverdienenden und den Schlechtentlohten klafft weit auseinander.

7 Der Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmende muss attraktiv bleiben. Ihre jahrelange
8 Erfahrung soll ihnen dabei zugutekommen. Auch für Junge muss der Arbeitsmarkt
9 attraktiv sein, wobei Praktika keine Festanstellungen ersetzen dürfen und fair entlohnt
10 sein müssen. Menschen, die ihren Job aufgrund der Digitalisierung verlieren, sollen
11 neue Perspektiven bekommen. So werden die Arbeitnehmenden nicht direkt von der
12 fortschreitenden Digitalisierung konkurrenziert und sie müssen ihren Job nicht
13 aufgeben

14 Das Arbeitsgesetz muss so verbessert werden, dass die Abdeckung durch
15 Gesamtarbeitsverträge steigt. Auftragsvergaben von Firmen an Subunternehmen
16 dürfen nicht zu Verstössen gegen das Arbeitsgesetz oder Lohndumping führen.

17

18 Die Jungen Grünen fordern:

- 19 ● Ein gesetzlicher Mindestlohn, der die Existenz sichert und die Teilnahme am
20 sozialen und kulturellen Leben ermöglicht
- 21 ● Eine Senkung der Wochenarbeitszeit
- 22 ● Keinen Zwang zu Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie eine angemessene
23 Entschädigung derer
- 24 ● Die Möglichkeit für Arbeitnehmende selber zu bestimmen, ob Überzeit
25 ausbezahlt werden soll oder ob sie mit Ferien kompensiert wird
- 26 ● Einen verbesserten Kündigungsschutz von älteren Mitarbeitenden sowie
27 Massnahmen zur verbesserten Wiedereingliederung
- 28 ● Mehr und verbesserte Gesamtarbeitsverträge
- 29 ● Eine Beschränkung der Toplöhne
- 30 ● Keine Ersetzung von Festanstellungen durch Praktika
- 31 ● Verstärkte Massnahmen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in
32 den Arbeitsmarkt

- 1 ● Kostenlose Weiterbildungs- und Umschulungsangebote für Menschen, die
- 2 wegen der Digitalisierung ihren Job verlieren
- 3 ● Dass Produktivitätsgewinne zu höheren Reallöhnen führen

1 Bedingungsloses Grundeinkommen

2 Erst eine gesicherte Existenz ermöglicht dem Menschen, sich zu entfalten und sein
3 Leben und Umfeld aktiv zu gestalten. Wenn die Sorge um Existenzsicherung wegfällt,
4 kann sich der Mensch auf seine Bedürfnisse, seine Gesundheit, sein Lernen, sein
5 Wirken und auf die Menschen und die Umwelt um sich herum konzentrieren. Ein
6 bedingungsloses Grundeinkommen soll diese Existenzsicherung garantieren und ein
7 menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Es hat das Potential, die 4. Industrielle
8 Revolution durch die digitale Transformation in eine konstruktive und
9 menschenwürdige Richtung zu leiten. Das Bedingungslose Grundeinkommen reiht
10 sich ein in eine Vielzahl von sozialen Innovationen, die unser Zeitalter prägen können.

11

12 Die Jungen Grünen fordern:

- 13 ● Die Einführung eines humanitären und bedingungslosen Grundeinkommens,
14 welches die körperlichen, sozialen und kulturellen Grundbedürfnisse deckt
- 15 ● Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, die in der Schweiz wohnhaft
16 sind
- 17 ● Ein bedingungsloses Grundeinkommen von finanzieller Natur, welches
18 individuell und regelmässig ausbezahlt wird und an keine Bedingung für seine
19 Verwendung geknüpft ist
- 20 ● Dass durch die Einführung vom bedingungslosen Grundeinkommen
21 bestehende Sozialleistungen in gleicher Höhe wegfallen dürfen, dies aber
22 keinen Leistungsabbau zur Folge hat

1 Demokratische Wirtschaft

2 Das soziale und ökologische Wohlergehen aller muss anstelle des Gewinns in den
3 Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns treten. Die neoliberale Marktwirtschaft
4 basiert auf uneingeschränktem Wirtschaftswachstum, reinem Wettbewerb und
5 Krisenzyklen. Die Gewinnlogik hat zu einer Explosion der Ungleichheiten und der
6 massiven Zerstörung der Umwelt geführt: Sie kann in einem Ökosystem mit
7 begrenzten Ressourcen nicht funktionieren.

8 Es gibt Möglichkeiten, die Armut in der Welt zu beseitigen und eine ökologische
9 Wirtschaft aufzubauen. Diese Probleme können nicht nachhaltig gelöst werden,
10 solange die Wirtschaft nicht im Interesse der Gemeinschaft, sondern zur Maximierung
11 privater Gewinne agiert. Wenn wir die Wirtschaft demokratisch organisieren, können
12 die Bedürfnisse der Bevölkerung der entscheidende Faktor in unserer Gesellschaft
13 sein. Wir kämpfen für Reformen und Verbesserungen des derzeitigen Systems.
14 Längerfristig muss es aber das Ziel sein, aus dem zerstörerischen Teufelskreis vom
15 Kapitalismus herauszubrechen. Wir fordern eine Wirtschaftsdemokratie und die
16 Überwindung des Kapitalismus. Gewisse Industrien, Güter, Dienstleistungen und
17 Ressourcen müssen in öffentliches Eigentum überführt werden – so zum Beispiel
18 Banken, das Gesundheitswesen oder der Energiesektor. Nur so können diese der
19 Wachstums- und Profitlogik entzogen werden und für das Allgemeinwohl arbeiten. In
20 den marktwirtschaftlich organisierten Bereichen der Wirtschaft muss eine
21 demokratische Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmenden
22 sichergestellt werden.

23 Die Jungen Grünen fordern:

- 24 • Eine demokratische Verwaltung in öffentlichem Eigentum aller endlichen
25 Ressourcen, Industrien, Güter und Dienstleistungen, die die Grundbedürfnisse
26 der Menschen decken (dazu gehören unter anderem Boden, Wasser, Banken,
27 Versicherungen, Gesundheitswesen, Verkehr, Energie, Bildung und
28 Wohnraum, sowie alle endlichen natürlichen Ressourcen)
- 29 • Mitbestimmungsrecht und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmenden an
30 privaten Unternehmen – zum Beispiel durch Genossenschaften
- 31 • Die Haftung von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz für ihr Handeln im
32 Ausland
- 33 • Ein Verbot von Patenten auf Lebewesen und Medikamente

- 1 • Die Einführung eines relativen Höchstlohnes: Der höchste Lohn in einem
- 2 Unternehmen darf maximal zwölfmal höher sein als der niedrigste
- 3 • Ein Engagement der offiziellen Schweiz im Rahmen von internationalen
- 4 Institutionen zur Ausweitung der demokratischen Mitbestimmung auf
- 5 wirtschaftliche Aspekte. So sollen Lohn-, Steuer- und Umweltdumping
- 6 bekämpft werden

1 Finanzmärkte und Geldpolitik

2 Globalisierte Finanzmärkte haben enorme Macht über die Politik. Wirtschaftliche
3 Ungleichgewichte und spekulative Finanzströme setzen die Nationalstaaten
4 unkontrollierten und oft verheerenden Kräften aus, was zu Finanzblasen,
5 Wechselkursschwankungen und letztlich zu Desinvestitionen in die Realwirtschaft
6 führt. Der Schweizer Finanzplatz profitiert von den internationalen Finanzströmen, die
7 er anzieht. Gleichzeitig stellt er aber auch ein Risiko für die wirtschaftliche Stabilität
8 dar. Obwohl das internationale Finanzkasino nicht der einzige Faktor ist, der zur
9 Zunahme von Ungleichheit und Instabilität beiträgt, spielt er eine wichtige Rolle.
10 Gerade für ärmere Länder ist die Kapitalflucht ein entscheidendes Hindernis, das die
11 Armutsbekämpfung erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht. Deshalb fordern die
12 Jungen Grünen eine strenge Regulierung des Bankensektors in der Schweiz. Darüber
13 hinaus muss die Schweiz international agieren, um die Finanzmärkte zu regulieren und
14 das Währungssystem zu verbessern.

15

16 Die Jungen Grünen fordern:

- 17 • Die Regulierung vom Bankensektor im Sinne der Europäischen Bankenunion:
18 Einrichtung eines Regulationssystems, eines von den Banken finanzierten
19 Fonds für deren Umstrukturierung, einer Einlagensicherung für Kunden
- 20 • Ein Verbot von undurchsichtigen (toxischen) Finanzprodukten
- 21 • Die Zertifizierung neuer Finanzprodukte von einer unabhängigen
22 supranationalen Institution
- 23 • Kapitalkontrollen und eine Devisentransaktionssteuer zur Minimierung
24 spekulativer Finanzströme an den Devisenmärkten, um die
25 Wechselkursstabilität zu erhöhen
- 26 • Das Verbot von Frontrunning in der Schweiz
- 27 • Ein stabiles internationales Währungssystem
- 28 • Die Erhöhung der Mindesteigenmittel von Banken
- 29 • Dass im Falle der Pleite einer Privatbank, die Verantwortung bei den
30 Aktionär*innen und nicht bei den Steuerzahlenden liegt
- 31 • Dass Banken nicht Too big to fail werden

1 Fiskalpolitik

2 Steuern sind die Grundlage für die finanzielle Handlungsfähigkeit eines Staates. Die
3 Höhe der Steuern muss daher den öffentlichen Ausgaben und dem Bedarf der
4 ansässigen Bevölkerung angepasst werden. Steuern haben erhebliche Auswirkungen
5 auf die Wirtschaft eines Landes, aber auch auf die Verteilung von Einkommen und
6 Vermögen. Die Gestaltung des Steuersystems muss daher einfach, rückverteilerbar,
7 gerecht und ohne Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Erfolgs sein. Im Interesse von
8 Gerechtigkeit und Umverteilung müssen auch Unternehmensvermögen und -gewinne
9 besteuert werden. Aus Umweltgründen sollte es Lenkungsabgaben sowie Verbote
10 geben. Der interkantonale und internationale Steuerwettbewerb ist schädlich, da er zu
11 einem Aufwärtsrennen führt, welches den Staat als großen Verlierer zurücklässt. Der
12 Steuerwettbewerb muss daher gestoppt werden.

13

14 Die Jungen Grünen fordern:

- 15 • Die Abschaffung der Mehrwertsteuer, und derer Ersatz durch eine Steuer auf
- 16 graue Energie
- 17 • Eine CO₂-Abgabe
- 18 • Eine nationale Erbschaftssteuer in Höhe von 100% mit Freibetrag
- 19 • Die Erhöhung der Steuerprogression bei hohen Einkommen
- 20 • Die Erhöhung der Vermögenssteuer
- 21 • Die Trennung von Arbeits- und Finanzerträgen und höhere Besteuerung von
- 22 Finanzerträgen
- 23 • Eine Mikrosteuer auf grosse Transaktionen
- 24 • Die Abschaffung der Steuervergünstigungen für internationale Unternehmen
- 25 • Die Erhöhung der Mindeststeuersätze in den Kantonen
- 26 • Vereinfachte und reduzierte Steuerabzüge
- 27 • Dass die Steuererklärung freiwillig und durch eine Quellensteuer, welche direkt
- 28 auf das Einkommen erhoben wird, ersetzt wird

1 **Ökologischer Umbau der Wirtschaft**

2 Unsere neoliberale Marktwirtschaft mit ihrer Wachstums- und Profitlogik führt zu
3 massiven Problemen für unsere Umwelt. Damit Klima und Ökosysteme auch in
4 Zukunft intakt bleiben, müssen wir die Art und Weise, wie wir Waren produzieren,
5 drastisch ändern. Die Schweiz muss auf fossile Brennstoffe verzichten und ihren
6 ökologischen Fussabdruck auf einen Planeten oder noch weniger reduzieren. Der
7 Markt in seiner heutigen Form ist nicht in der Lage, diese ökologische Transformation
8 zu erreichen: Anreize sind nützlich, aber werden nicht ausreichen, um in der kurzen
9 verbleibenden Zeit die globale Produktion nachhaltig zu gestalten. Gefragt ist eine
10 aktive Industriepolitik, die dazu beiträgt, ganze Wertschöpfungsketten im Bereich der
11 nachhaltigen Technologien aufzubauen und zu stärken. Zudem braucht es eine aktive
12 und interregionale Planung, um den Teufelskreis von Mobilität, Zersiedelung,
13 Energieverbrauch und Emissionen zu durchbrechen. Darüber hinaus müssen im
14 Interesse der Green Economy die Rohstoffkreisläufe geschlossen werden
15 (Kreislaufwirtschaft).

16 Längerfristig wird die Erhaltung einer intakten Umwelt nur mit einem grundsätzlichen
17 Umbau unserer Wirtschaft zu schaffen sein. Ökologische Fortschritte durch
18 Effizienzsteigerung und emissionsärmere Produktion, werden in einem
19 wachstumsgetriebenen System durch immer mehr Konsum und Verbrauch zunichte
20 gemacht. Unsere Gesetzgebung muss darum auf Suffizienz ausgerichtet sein. Zudem
21 brauchen wir eine demokratische Kontrolle über die Wirtschaft, um gewisse Teile von
22 der Wachstums- und Profitlogik zu entkoppeln. System change not climate change!

23 Die Jungen Grünen fordern:

- 24 • Die längerfristige Demokratisierung gewisser Industrien, Dienstleistungen und
25 Güter sowie aller nicht-erneuerbaren Ressourcen
- 26 • Die Förderung von umweltfreundlichen Technologien, in der Forschung, sowie
27 in der Produktion und im Vertrieb
- 28 • Lenkungsabgaben auf umweltschädliches Verhalten
- 29 • Dass die offizielle Schweiz sich für low-tech CO₂-Abscheidungstechnologien
30 (Aufforstung, Kalkung, Pflanzenkohle) einsetzt. Diese Technologien können
31 nicht patentiert werden, sondern müssen öffentliche Güter bleiben
- 32 • Anreizsysteme wie Lenkungsabgaben und Subventionen, um den Bedarf an
33 Energie, Raum und Mobilität zu reduzieren

- 1 • Öffentliche Investitionen in Bereiche, die für die ökologische Umstrukturierung
2 wichtig sind, aber vom privaten Sektor aufgrund mangelnder Rentabilität nicht
3 bearbeitet werden
- 4 • Die Schliessung aller Kreisläufe nicht-erneuerbarer Ressourcen durch eine
5 massive Steigerung der Recycling-Quote und mehr Wiederverwertung
- 6 • Eine Bevorzugung von Materialien mit besserer Umweltbilanz bei
7 Verpackungen
- 8 • Die Förderung einer effektiven Raumordnung und Verkehrssteuerung, um den
9 motorisierten Verkehr auf das notwendige Maß zu reduzieren. Dies kann mit
10 elektrischen Geräten erfolgen
- 11 • Die Dekarbonisierung der Wirtschaft
- 12 • Einen Fonds für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft
- 13 • Eine Steigerung der Reparierbarkeit und Lebensdauer von Konsumgütern

1 **Transparenz**

2 Korruption ist der Missbrauch von Macht zum Zweck von privaten Interessen.
3 Korruption untergräbt den Zusammenhalt der Gesellschaft, schwächt das Vertrauen in
4 die Rechtsstaatlichkeit und verfälscht die Demokratie. Im internationalen Vergleich ist
5 Korruption in der Schweiz nicht weit verbreitet. Dennoch gibt es
6 Verbesserungspotenzial: So ist beispielsweise die Vetternwirtschaft (Gönnerschaft
7 oder Klientelismus) in der Schweiz sehr verbreitet. Whistleblower, d.h. Menschen, die
8 der Öffentlichkeit Missstände melden, müssen vor negativen Folgen geschützt
9 werden. Transparenz in der Politik ist daher für die Jungen Grünen besonders wichtig,
10 damit Wähler*innen wissen, welche Interessen Politiker*innen oder Parteien
11 (manchmal im Geheimen) vertreten und verfolgen. Darüber hinaus brauchen wir
12 Überwachung, Bildung und angemessene Rechtsvorschriften zu diesem Thema.

13

14 Die Jungen Grünen fordern:

- 15 • Dass politische Parteien und Kampagnen für Wahlen oder Referenden ihre
16 Grossspenden offenlegen
- 17 • Die Offenlegung sämtlicher Einkünfte und Mandate von gewählten
18 Politiker*innen
- 19 • Dass alle schweizerischen Ämter und Behörden dem Grundsatz der
20 öffentlichen Transparenz und der Meldepflicht bei Korruptionsfällen unterliegen
- 21 • Den Schutz von Whistleblowern vor Entlassung und strafrechtlichen Folgen

1 Internationales

2 Diplomatie und internationale Institutionen

3 Die internationale Zusammenarbeit von Gesellschaften und Staaten ist wichtig.
4 Globale Herausforderungen wie der Klimawandel oder bewaffnete Konflikte erfordern
5 eine gemeinsame Vorgehensweise. Internationale Zusammenarbeit findet in
6 zahlreichen formellen internationalen Institutionen, wie auch in Foren von
7 Zivilgesellschaft und/oder Staaten statt. Nichtsdestotrotz haben internationale
8 Institutionen häufig eine Tendenz, für den Status Quo und bestehende
9 Machtinteressen zu arbeiten. Deshalb ist es essenziell, dass die Schweiz ihre Rolle in
10 internationalen Institutionen aktiv auslegt und als progressive Kraft agiert. Dies
11 insbesondere in Bezug auf den Klimawandel, der globalen Gerechtigkeit und
12 Friedensförderung. Institutionen, in welchen «*ein Land = eine Stimme*» gilt, sind
13 informellen Clubs der Mächtigen, wie der G7 und G20, vorzuziehen. So ist auch ein
14 Mitspracherecht von wirtschaftlich schwächer entwickelten Ländern garantiert und ihre
15 Interessen werden nicht übergangen.

16

17 Die Jungen Grünen fordern:

- 18 ● Eine Förderung des internationalen Austauschs zwischen Städten,
19 Zivilgesellschaften etc.
- 20 ● Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbots
- 21 ● Eine unbewaffnete Friedenspolitik und ein Verbot an Teilnahmen in
22 bewaffneten Ausland-Missionen
- 23 ● Dass der NATO nicht beigetreten wird
- 24 ● Die Stärkung einer unabhängigen und demokratischen UNO durch die
25 Einführung einer Direktsteuer durch die Mitgliedstaaten und eines demokratisch
26 gewählten Weltparlamentes

1 Globaler Handel und Freihandel

2 Globaler Handel kann als Mittel genutzt werden, höhere Umwelt- und Sozialstandards
3 in anderen Ländern einzufordern. Ohne klare Regeln nützt der globale Handel vor
4 allem den Grosskonzernen und vergrössert die weltweite Ungleichheit. Unter dem
5 Freihandel ohne Standards leiden Umweltschutz und faire Arbeitsbedingungen.
6 Gerechte Handelsregeln, einen fairen Wettbewerb, und eine ressourcenschonende
7 Produktion, die Arbeitnehmende schützt, ist zwingend notwendig. Durch eine
8 regionale und nachhaltig ausgerichtete Wirtschaft werden Arbeitsplätze in der Region
9 geschaffen, überflüssige Transporte vermieden und die natürlichen Ressourcen
10 geschont. Um diese Ziele mit dem globalen Handel vereinbar zu machen, können
11 Schutzzölle erhoben werden oder ökologisch bedenkliche Produkte wie Palmöl von
12 Freihandelsabkommen ausgenommen werden. Mensch, Tier und Umwelt müssen
13 höher gewichtet werden als Profit und Wirtschaftswachstum.

14

15 Die Jungen Grünen fordern:

- 16 ● Hohe Umwelt- und Tierrechtsstandards auch für importierte
17 Landwirtschaftsprodukte
- 18 ● Die Produktion von gehandelten Waren und Dienstleistungen unter fairen
19 Arbeitsbedingungen und Löhnen
- 20 ● Keine Handelsabkommen ohne verbindliche Umweltschutz- und
21 Menschenrechts-Standards mit Kontroll- und Sanktionsmechanismen
- 22 ● Dass Entwicklungsländer durch Schutzzölle und andere Massnahmen einzelne
23 Wirtschaftsbranchen schützen dürfen, ohne dafür bestraft zu werden
- 24 ● Ausgebaute Deklarationspflichten: CO₂-Werte für den Transport,
25 Produktionsbedingungen, Impakt auf die Umwelt etc.

1 Internationale Solidarität

2 In den letzten 100 Jahren hat die globale Ungleichheit stetig zugenommen. Die
3 Menschen in den Industrienationen leben in Wohlstand und Überfluss auf Kosten des
4 globalen Südens. Konzerne der Industriestaaten erzielen riesige Profite, indem sie im
5 Ausland Menschenrechte und Umweltstandards massiv verletzen. Gleichzeitig
6 geniessen diese in den westlichen Ländern Steuerprivilegien.

7 Die Jungen Grünen Schweiz wollen eine Welt, in der alle Menschen die gleichen
8 Rechte, Ressourcen und Chancen haben. Dafür braucht es eine grundlegende
9 Umwälzung der globalen Macht- und Kapitalstrukturen. Es braucht eine weltweite
10 wirtschaftliche Zusammenarbeit, welche auch für Schwellen- und Entwicklungsländer
11 funktioniert. Um diesem Ziel näherzukommen, setzen wir uns für gezielte
12 Entwicklungszusammenarbeit, konsequente Verfolgung von
13 Menschenrechtsverletzungen und die Gerichtsbarkeit von Handlungen Schweizer
14 Konzerne im Ausland ein.

15 Damit globale Gerechtigkeit erreicht wird, müssen supranational föderalistisch-
16 organisierte und demokratische Institutionen gestärkt werden, welche verbindliches
17 Recht schaffen.

18

19 Die Jungen Grünen fordern:

- 20 ● Dass die Schweiz Entwicklungsländer bei der Bewältigung von Klimafolgen
21 unterstützt und einen fixen Prozentsatz vom Bruttonationaleinkommen in die
22 internationale Bekämpfung der Klimakrise investiert
- 23 ● Internationale Zusammenarbeit für eine verstärkte Demokratisierung der
24 Wirtschaft, um gegen Lohn-, Steuer- und Umweltschutzdumping vorzugehen
- 25 ● Die Anerkennung der Selbstbestimmungsrechte aller unterdrückten
26 Minderheiten
- 27 ● Gerichtsbarkeit für in der Schweiz ansässige Konzerne für ihre Handlungen, wie
28 Menschenrechtsverletzungen, Umweltschäden etc. im Ausland
- 29 ● Eine Erhöhung der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, mindestens an die
30 UNO-Zielvorgabe (0.7%)
- 31 ● Ein internationales Steuergesetz für transnationale Konzerne inklusive
32 globalem Mindeststeuersatz

- 1 • Die vollständige Erlassung der Schulden von Entwicklungs- und
- 2 Schwellenländern, sofern diese die Prinzipien der Demokratie, der
- 3 Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte respektieren und einhalten
- 4 • Die Verrechtlichung internationaler Beziehungen, was zur Folge hat, dass sich
- 5 alle Staaten den Beschlüssen des internationalen Gerichtshofs unterordnen
- 6 müssen

1 Migration und Integration

2 Jeder Mensch hat das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit. Das heisst,
3 ein Mensch darf sich niederlassen, wo er will und hat dort dieselben Rechte und
4 Pflichten wie die bisherigen Bewohner*innen. Länder müssen ihre Grenzen öffnen und
5 dürfen Menschen den Eintritt nicht verweigern.

6 Leider migrieren viele Menschen nicht freiwillig, sondern werden dazu gezwungen. Die
7 Schweiz ist in der Verantwortung, Faktoren, die zu unfreiwilliger Migration führen, zu
8 bekämpfen. Zudem müssen alle Menschen, die in die Schweiz flüchten, aufgenommen
9 werden. Der Flüchtlingsstatus muss abgeschafft werden.

10 Menschen, die in die Schweiz geflüchtet sind, müssen hier integriert werden. Der Staat
11 muss ihnen eine Perspektive bieten. Nur so kann der gesellschaftliche Zusammenhalt
12 gewährleistet sein. Solange die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit nicht
13 gewährleistet sind, steht der Staat in der Verantwortung, die Situation der Flüchtenden
14 zu verbessern.

15

16 Die Jungen Grünen fordern:

- 17 ● Sichere Fluchtrouten und dass sich die Schweiz auf internationaler Ebene für
18 diese einsetzt
- 19 ● Eine Wiedereinführung des Botschaftsasyls
- 20 ● Einen Ersatz des Dublin-Systems durch einen Verteilschlüssel, bei dem die
21 familiären Umstände berücksichtigt werden
- 22 ● Die Abschaffung des Status F „Vorläufig aufgenommen“
- 23 ● Ein vereinfachter Familiennachzug
- 24 ● Das Recht auf kostenlose Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund
- 25 ● Die Anerkennung von medizinischen Problemen als Fluchtgrund
- 26 ● Die Wiederanerkennung von Militärdienstverweigerung als Fluchtgrund
- 27 ● Die Anerkennung der verändernden Klimabedingungen als Fluchtgrund

1 Militär/Pazifismus

2 Die Schweiz als wohlhabendes und neutrales Land sollte mit einem guten Beispiel
3 vorangehen und eine pazifistische Politik betreiben. Deshalb soll die Schweiz ihre
4 aktive Neutralität wahren und sich bei Konflikten für eine aktive Friedensförderung
5 einsetzen. Darüber hinaus müssen die Waffenexporte sofort eingestellt werden und
6 ein Finanzierungsverbot von Rüstungskonzernen durch Pensionskassen, die SNB
7 und andere öffentliche Institutionen ausgesprochen werden.

8 Aus der Sicht der Jungen Grünen schliesst die pazifistische Politik auch mit ein, dass
9 eine Armee in der heutigen Form nicht nötig ist. Es braucht eine Luftpolizei, einen gut
10 ausgebauten Katastrophenschutz und eine Cyberabwehrbehörde. Der Zivildienst als
11 heutige Alternative zum Militärdienst soll durch einen freiwilligen Bürger*innendienst
12 ersetzt werden. Der Bürger*innendienst soll allen volljährigen Bewohner*innen
13 offenstehen und über die Erwerbsersatzordnung finanziert sein.

14

15 Die Jungen Grünen fordern:

- 16 ● Die Abschaffung der Wehrpflicht
- 17 ● Die Abschaffung der Armee und gleichzeitig die Einführung einer Luftpolizei,
18 einem Katastrophenschutz und einer Cyberabwehrbehörde
- 19 ● Einen freiwilligen, maximal einjährigen, Bürger*innendienst für alle volljährigen
20 Bewohner*innen
- 21 ● Ein Verbot der Produktion von Kriegsgütern in der Schweiz
- 22 ● Ein Finanzierungsverbot von Rüstungskonzernen durch Pensionskassen, die
23 SNB und andere öffentliche Institutionen
- 24 ● Eine konsequente Friedensförderung und aktive Neutralität

1 Europäischen Union (EU)

2 Die Jungen Grünen halten eine enge internationale Zusammenarbeit für sehr wichtig
3 und stehen der EU positiv gegenüber. Als supranationaler Rechts- und
4 Wirtschaftsraum, sichert sie den Frieden in Europa und ermöglicht einen
5 internationalen politischen Diskurs. Viele Probleme können in unserer globalisierten
6 Welt nicht mehr durch einzelne Länder gelöst werden. Dazu gehören unter anderem
7 Migration, Klimaschutz, Steuerwettbewerb, organisierte Kriminalität und Mobilität.
8 Die Schweiz profitiert wirtschaftlich von der EU. Gleichzeitig befindet sie sich in
9 stetigen Verhandlungen mit der EU. Gesetze und Verordnungen müssen immer wieder
10 neu angepasst werden. Die Jungen Grünen sehen einen EU-Beitritt deshalb als
11 Chance. So kann die Schweiz direkt mitbestimmen. Für einen EU-Beitritt müssten aber
12 folgende Bedingungen gewährleistet sein: Initiativen und Referenden dürfen ihre
13 Macht nicht verlieren, Sozial- und Umweltstandards dürfen nicht gesenkt werden und
14 die Schweiz muss neutral bleiben. Als EU-Mitglied soll sich die Schweiz für bessere
15 Sozial- und Umweltstandards sowie eine verstärkte demokratische Kontrolle des EU-
16 Parlamentes, der EU-Kommission, des EU-Rates und weiteren Behörden durch die
17 Bevölkerung einsetzen.

18

19 Die Jungen Grünen fordern:

- 20 ● Dass das langfristige Ziel der EU-Beitritt ist
- 21 ● Eine vereinfachte Übernahme von Gesetzen und Verordnungen der EU
- 22 ● Ein Initiativ- und Referendumsrecht als Instrumente in der EU
- 23 ● Die Verbesserung der Sozial- und Umweltstandards in der EU
- 24 ● Eine verstärkte Wirtschaftsförderung in schwachen Regionen der EU
- 25 ● Eine gemeinsame Verfassung der EU-Länder
- 26 ● Eine gesetzgebende Kompetenz für das EU-Parlament
- 27 ● Kurzfristige Bemühungen der Schweiz an den EU-weiten Lohnschutz Behörden
28 angeschlossen zu werden
- 29 ● Die Stärkung der Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedsstaaten